

Löschfristen der amtlichen Statistik vernichten Wissen und verhindern Erkenntnis

1. September 2026

Es wird viel über den Wert von Daten für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gesprochen. Dabei kommt der amtlichen Statistik eine besondere Rolle zu, denn die unabhängige amtliche Statistik ist eine wichtige Quelle qualitativ hochwertiger, zuverlässiger Information für die Öffentlichkeit und damit eine unverzichtbare Säule demokratischer Gesellschaften. Aber nicht nur aktuelle Daten sind wichtig für die Einordnung von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen. *"Daten sind historische Dokumente und sollten wie diese bewahrt und archiviert werden: sie ermöglichen Forschung, die sich nicht auf aktuelle Fragestellungen beschränkt, sondern zentrale gesellschaftliche Fragen über Jahrzehnte – gar Jahrhunderte – hinweg beantworten kann."* (Nicola Fuchs-Schündeln, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin)

In Deutschland unterliegen Daten der amtlichen Statistik aus datenschutzrechtlichen Gründen jedoch gesetzlichen Löschfristen und damit wird bislang regelmäßig Wissen vernichtet. Um dies zu verhindern, sollen Löschfristen im Rahmen des Forschungsdatengesetzes (FDG) angepasst werden. Dieses Gesetzesvorhaben lässt aber weiter auf sich warten.

Ganz aktuell sind die Amtlichen Firmendaten für Deutschland (AFiD), ein für die Wissenschaft sehr wertvoller Firmenpaneldatensatz, bedroht: Hier steht die Löschung der unwiederbringlichen und für Verknüpfungen erforderlichen Kennnummern der ersten Welle von 1995 zum Ende dieses Jahres an, sollte das Bundesstatistikgesetz (BStatG) durch das FDG nicht rechtzeitig angepasst werden:

["Nach § 13a BStatG sind die zur Verknüpfung verwendeten Kennnummern in den Wirtschafts- und Umweltstatistiken 30 Jahre nach Abschluss einer Erhebung aus den Datensätzen mit den Erhebungsmerkmalen zu löschen. Die Kennnummern des Berichtsjahres 1995 müssen zum Stichtag 31.12.2026 entfernt werden \(danach jährlich ein weiteres Jahr\)."](#) (Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder)

Die Löschung der Kennnummern vernichtet zwar nicht sämtliche Einzelinformationen, aber sie zerstört unwiederbringlich die Möglichkeit, Unternehmen über längere Zeiträume zu verfolgen. Für zahlreiche Forschungsfragen kommt dies einem Verlust der wissenschaftlichen Nutzbarkeit der historischen Daten gleich.

Im vorliegenden Fall des Firmendatensatzes hat dies erhebliche Konsequenzen für die Forschung zu den langfristigen Folgen der Wiedervereinigung. In der Forschung werden beispielsweise die rasche Konvergenz von Produktivität und Löhnen zwischen Ost- und Westdeutschland in der Frühphase der Wiedervereinigung thematisiert und gefragt, warum diese Konvergenz zum Erliegen kam. Auch die Folgen der Treuhandpolitik und der Subventionen für die Neuen Bundesländer werden erforscht. Diese Fragen sind für die Einschätzung der langfristigen Effekte der Politik nach der Wiedervereinigung zu beantworten. Sie können jedoch nur beantwortet werden, wenn lange Zeitreihen verfügbar sind.

Eine detailliertere Beschreibung der Forschungsfragen, die als Beispiele für aktuelle wissenschaftlich und wirtschaftspolitisch relevante Themen zu verstehen sind, ist im Anhang zu diesem Schreiben aufgeführt. Es schließen sich Stellungnahmen nationaler und internationaler Forschender an, die mit Daten nach der Wiedervereinigung und historischen Daten arbeiten.

Kurze Löschfristen behindern wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn massiv und ohne erkennbaren Nutzen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum mehr als 30 Jahre alte Daten sensibler sind als neue Daten. Zudem verschärfen Löschfristen Wettbewerbsnachteile für Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, die mit deutschen Daten und damit oft auch an für Deutschland relevanten Themen arbeiten (wollen).¹ Damit schaden sie dem Wissenschaftsstandort Deutschland.

Löschfristen behindern das Lernen über die (und aus der) Vergangenheit ebenso wie den wissenschaftlichen Fortschritt und erschweren die Evaluation von Politikmaßnahmen. Dies wird im Referentenentwurf des FDG vom 22.12.2025 berücksichtigt und gelöst. Es ist daher unverzichtbar, dass das FDG mit dieser Regelung rasch beschlossen und umgesetzt wird, um irreversible Datenlöschungen, die Ende 2026 anstehen, zu verhindern. Falls ein rechtzeitiges Inkrafttreten des FDG nicht gewährleistet werden kann, muss die Löschung der Daten durch eine Übergangsregelung verhindert werden.

¹ Siehe dazu auch die [Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beratungskreis der Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vom 28. September 2023](#) zur Löschvorschrift nach §13a BstatG.

Ausgewählte Forschung zu Folgen der Wiedervereinigung

[Dauth, Lee, Findeisen und Porzio \(2019\)](#) untersuchen die rasche Konvergenz von Produktivität und Löhnen zwischen Ost- und Westdeutschland in der Frühphase der Wiedervereinigung und verweisen auf eine besser funktionierende Reallokation am wiedervereinigten Arbeitsmarkt als Hauptursache. [Bachmann, Bayer, Stüber und Wellschmied \(2026\)](#) hingegen fragen, warum die schnelle Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland in der Frühphase der Wiedervereinigung später nicht weiterging und finden in der größeren Monopsonmacht der Betriebe im Osten eine wichtige Erklärung. Dieses Papier ist in einer international führenden wirtschaftswissenschaftlichen Fachzeitschrift erschienen. [Goensch \(2025\)](#) stellt dieselbe Forschungsfrage und verweist auf die Knappheit von Spitzenkräften in Ostdeutschland als mögliche Ursache. [Akcigit, Alp, Diegmann und Serrano-Velarde \(2023\)](#) untersuchen einen speziellen Aspekt der Treuhandpolitik und dessen makroökonomische Auswirkungen, nämlich von Firmenkäufern Beschäftigungsgarantien zu verlangen.

Alle vier Beispiele stehen für aktuelle Untersuchungen, die nur durch die Verfügbarkeit langer Zeitreihen möglich wurden. Die neuere Forschung zur Nachwiedervereinigungsökonomie dürfte somit erst begonnen haben.

Vier weitere Forschungsarbeiten unterstreichen beispielhaft die Relevanz speziell der AFiD für sozialwissenschaftliche und politikrelevante Erkenntnisse in ganz unterschiedlichen Bereichen: [Kaas und Kimasa \(2021\)](#) nutzen die AFiD zur Quantifizierung der Rolle friktionaler Arbeits- und Gütermärkte in Deutschland. [Cooper, Meyer und Schott \(2017\)](#) evaluieren die deutsche Kurzarbeit. [Eichfelder, Jacob und Schneider \(2023\)](#) sowie [Siegloch, Wehrhöfer und Etzel \(2025\)](#) untersuchen die Auswirkungen von im ersten Fall erleichterten Abschreiberegulungen und im zweiten Fall von regionalisierten Subventionen mit Hilfe der AFiD. Die drei letztgenannten Arbeiten haben gemeinsam, dass sie drei wichtige Politikmaßnahmen, die auch heute in der wirtschaftspolitischen Diskussion sind, evaluieren. Diese Evaluationsmöglichkeiten werden durch zu scharfe Löschfristen eingeschränkt.

Stimmen aus der Wissenschaft zum Wert historischer Daten für die Beantwortung gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Fragen

Nicola Fuchs-Schündeln (Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin):

“Daten sind historische Dokumente und sollten wie diese bewahrt und archiviert werden: sie ermöglichen Forschung, die sich nicht auf aktuelle Fragestellungen beschränkt, sondern zentrale gesellschaftliche Fragen über Jahrzehnte – gar Jahrhunderte – hinweg beantworten kann.

Dafür ist die Forschung zur Wiedervereinigung in Deutschland ein gutes Beispiel. Wenn wir verstehen wollen, wie sich Konsum- und Sparverhalten, Vermögensaufbau, Präferenzen gegenüber dem Sozialstaat sowie Einstellungen und Entscheidungen in Transformationsprozessen entwickeln, brauchen wir Daten, die die relevanten Zeiträume ausreichend abdecken. Auch wenn die Wiedervereinigung heute 35 Jahre her ist: Gerade, weil die Folgen in Vermögen, Erwerbsbiografien und in der sozialen Verarbeitung von Krisenerfahrungen nachwirken, bleibt die Forschung gesellschaftlich wichtig – und sie liefert zudem Erkenntnisse, die über den konkreten Fall hinausgehen, denn auch heute wieder stehen große wirtschaftliche Transformationen an.

[...] In diesem Zusammenhang ist auch ein Blick auf die Bedeutung sehr langer Zeitreihen in der Ökonomie interessant: Die Wirtschaftsnobelpreise 2023 für Claudia Goldin für ihre Arbeit zur Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen über zwei Jahrhunderte und 2025 an Joel Mokyr, der die Bedingungen, die dauerhaftes Wachstum durch technologischen Fortschritt ermöglichen, als Wirtschaftshistoriker mit Daten seit 1300 analysiert, zeigen das deutlich.“

Joachim Wagner (Universität Leuphana, früher: RatSWD, Beirat bei Destatis und IAB):

“[...] Durch den Verlust werden intertemporale Vergleiche über lange Zeiträume unmöglich und damit Lernprozesse unterbunden. Bei der nächsten großen Finanzkrise sind dann die Firmendaten aus 2007/8 vielleicht schon weg. Kurz gesagt: Der Verlust des Zugangs zu den alten AFiD-Daten ist eine Vernichtung eines wichtigen Teils des Kapitalstocks der empirischen Wirtschaftsforschung für und in Deutschland. Und damit werden Produktion und Produktivität entsprechend sinken. Ich habe das einmal erleben müssen – ich war führend an dem Projekt „KombiFiD – Kombinierte Firmendaten für Deutschland“ beteiligt, wo wir erstmals Firmendaten von unterschiedlichen Produzenten (Statistische Ämter, Bundesbank, Bundesanstalt für Arbeit) auf der Mikroebene zu einem Paneldatensatz verknüpft haben. Das war seeeeeeeehr [sic!] teuer (Sach- und Personalmittel in Millionenhöhe), es hat funktioniert (bei sehr hohen rechtlichen Hürden und Schwierigkeiten) – und dann mussten die Daten nach Projektende 2021 gelöscht werden.“

David Gstrein (ifo Institute, Ludwig-Maximilian-Universität München):

“In meiner Forschung untersuchen wir die Wirkungen der Gewerbesteuer auf Investitionen, Beschäftigung und Umsätze von Unternehmen auf Basis der AFiD-Panels. Die Identifikation beruht auf der Auswertung tausender kommunaler Hebesatzänderungen in Differenz-von-Differenzen- und Ereignisstudiendesigns, wofür Betriebe und Unternehmen zwingend über lange Zeiträume verknüpft werden müssen. Das ist insbesondere zur Prüfung von Vortrends über mehrere Jahre vor einer Reform und zur Abbildung mittelfristiger Anpassungsreaktionen notwendig. Mit der Löschung der Identifikatoren ab 1995 gehen diese langen Paneldimensionen unwiederbringlich verloren. Gerade angesichts der aktuellen Debatten um die Reform der Unternehmensbesteuerung wäre damit die zentrale Datengrundlage für evidenzbasierte Politikberatung in diesem Bereich dauerhaft beschädigt.“

Ufuk Akcigit (Arnold C. Harberger Professor of Economics an der University of Chicago und Preisträger des Max Planck-Humboldt Awards):²

“Many of the economic challenges policymakers confront today did not emerge overnight. They are often the result of decisions, institutions, and policies put in place years, or even decades, earlier. Understanding these origins is essential for diagnosing current problems and designing effective solutions. This is why historical data and archives are so valuable. While contemporary data can tell us where we are today, historical records help explain how we got here. They allow researchers to trace the evolution of firms, industries, institutions, and policies over long periods of time, uncovering mechanisms that continue to shape economic outcomes long after the original decisions were made. [...]

Historical data is especially important for understanding industrial policy. Policies aimed at fostering investment, innovation, entrepreneurship, and structural transformation often generate effects that unfold over decades rather than years. As a result, policymakers rarely observe the full consequences of their decisions in real time. History therefore serves as our most valuable laboratory. The experiences of past industrial transformations allow us to evaluate what worked, what failed, and why. Without historical evidence, policy discussions risk being driven by ideology, short-term outcomes, or incomplete information. [...]

For this reason, preserving historical data should itself be viewed as a public investment. Once archives are destroyed, discarded, or become inaccessible, the opportunity to learn from them is permanently lost. Future generations of researchers and policymakers lose the ability to evaluate the long-term consequences of major policy interventions. At a time when governments around the world are once again turning to industrial policy, economic restructuring, and large-scale public investments, eliminating historical records would mean discarding one of our most valuable sources of evidence about what these policies ultimately achieve.

Historical archives are therefore much more than records of the past. They are a critical public resource for understanding the present, evaluating policy, and making better decisions for the future. Protecting and maintaining them is not simply an exercise in preservation—it is an investment in knowledge that can continue generating insights for decades to come.”

Nils Wehrhöfer (Deutsche Bundesbank):

“[...]. Da die erste Reform, die wir betrachten in 1997 stattgefunden hat, brauchten wir die Jahre davor (also mindestens 1995-1996) für das Diff-in-Diff. Ohne die AFiD Daten hätten wir die „first stage“, also den Effekt der Investitionsgrants auf Investitionen (sprich, gibt es crowding out/in), nicht schätzen können. Unsere Ergebnisse zeigen, dass unter Berücksichtigung von cross-industry, regional/trade und within-firm spillover die GRW subsidies deutlich effektiver sind als wenn man nur auf den direkten Effekt der geförderten Firmen/Regionen schaut. [...].”

² [Ufuk Akcigit](#) ist mit dem IWH [eine mehrjährige, durch den Max Planck-Humboldt Research Award 2019 geförderte Forschungskoooperation](#) eingegangen, um die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und deren Ursachen zu untersuchen.

Diese Text wurde durch die [Kommission für Forschungsdaten](#) des Vereins für Socialpolitik erarbeitet. Der Verein für Socialpolitik ist eine der größten Vereinigungen von Wirtschaftswissenschaftlerinnen und Wirtschaftswissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum Europas und dort die größte Professorenvereinigung. Die Kommission für Forschungsdaten vereint ausgewiesene Expertinnen und Experten mit umfassender Erfahrung in der Nutzung und Bereitstellung von Forschungsdaten und wird von Prof. Regina T. Riphahn (FAU Erlangen-Nürnberg) geleitet.

An der Stellungnahme haben mitgewirkt: Prof. Rüdiger Bachmann (Univ. of Michigan, USA), Prof. Regina T. Riphahn (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg), Prof. Kerstin Schneider (RWI-Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung und Bergische Universität Wuppertal).